



2025/45 Reportage

<https://www.jungle.world/artikel/2025/45/jenseits-der-cop30>

Leben im Amazonas-Gebiet

Jenseits der COP30

Reportage von **Knut Henkel**

Am 10. November beginnt die 30. UN-Klimakonferenz im nordbrasilianischen Belém. Der Tagungsort ist die Hauptstadt des zweitgrößten Amazonas-Bundesstaats Brasiliens, Pará. Damit rücken die durch Waldrodungen und Bergbau verursachten Umweltprobleme der Region in den Blick der internationalen Öffentlichkeit.

Maria Ivete Bastos dos Santos ist hin- und hergerissen. Auf der einen Seite profitiert die Gewerkschafterin von der täglichen Fährverbindung zwischen ihrem kleinen Dorf Aninduba und Santarém, einer knapp 300.000 Einwohner zählenden Stadt am Amazonas. Dazwischen liegen gute drei Fahrstunden. Etliche kleine Dörfer und indigene Gemeinden gibt es in der dortigen Regenwaldregion Lago Grande und gemein ist ihnen, dass sie den Regenwald nachhaltig nutzen. Die 58jährige Bastos dos Santos ist in Aninduba aufgewachsen, hat ihre Eltern auf dem örtlichen Friedhof beigesetzt und lebt zusammen mit ihrem Mann von der Landwirtschaft. Ihre Bio-Ware verkaufen die beiden meist einmal pro Woche in Santarém – unter anderem auf dem Bio-Markt der dortigen Universität. »Wenn wir keine Zeit haben, weil ich unterwegs bin oder mein Mann den Aufwand scheut, verkaufen wir auch an die Zwischenhändler, die zum Ankauf über die Dörfer fahren«, sagt die umtriebige Frau, die nicht nur Kleinbäuerin ist.

Als Vorsitzende der Gewerkschaft der Landarbeiter:innen der Region von Santarém (STTR) ist sie seit mehr als 25 Jahren aktiv, und als solche kommt ihr die seit 2016 existierende Fährverbindung zupass, denn so kann sie regelmäßig in Santarém ihrer Arbeit für die Gewerkschaft nachgehen. Für die STTR ist sie vor allem regional unterwegs. Sie warnt zum einen vor den Risiken des immer weiter vordringenden Sojaanbaus sowie zum anderen vor dem Bergbau – dem großflächigen, der mit staatlichen Konzessionen Bodenschätze im Regenwald fördern will, und dem kleinen, illegalen Bergbau, bei dem in der gesamten Amazonasregion nach Gold gesucht wird.



Gewerkschafterin und Kleinbäuerin Maria Ivete Bastos dos Santos

BILD:
KNUT HENKEL

»Der Druck auf den Regenwald ist immens hier in der Region von Santarém, aber auch im gesamten Bundesstaat Pará«, sagt die Frau mit dem hochgesteckten, graumelierten Haarschopf. Sie scheut sich nicht, den Mund aufzumachen, warnt vor den Unternehmen, die den Regenwald plündern wollen, Edelhölzer illegal schlagen, Wald in Anbauflächen umwandeln. »All das wird allerdings durch die Fährverbindung erleichtert, und daher ist die Fähre, die ein- bis zweimal täglich Aniduba ansteuert, für mich Fluch und Segen zugleich. Die Fähre hat uns näher an die Stadt, näher an die Unternehmen gerückt.« Die quirlige Frau hat mehrfach Anzeigen erstattet, wenn sie Trailer mit Edelhölzern sah, die über die Fähre abtransportiert wurden. Copaiba und Cumarú heißen zwei der Edelhölzer aus der Region, die immer wieder geschlagen werden. Große Bäume sind rund um das Dorf Aniduba eher selten geworden, wie ein kleiner Spaziergang zwischen den kleinen Farmen der Bauern bestätigt.

Das ist auch ein Grund, weshalb sich Bastos dos Santos seit Jahren als Gemeindevorsitzende engagiert hat. Sie hat die Prozesse angestoßen, um endlich zu kollektiven Landtiteln zu kommen. »Die brauchen wir, um uns erfolgreich gegen diejenigen zu wehren, die ein Auge auf unser Land geworfen haben«, sagt sie mit ernster Miene; Joaci Silva de Souza nickt zustimmend bei einem kleinen Imbiss im Gemeindezentrum des Dorfs. Dort finden die Versammlungen statt, die dazu dienen, die Interessen der Gemeinde zu verteidigen. Silva de Souza, ein 46jähriger Kleinbauer mit drei Kindern, ist seit ein paar Monaten der neue Gemeindevorsitzende. Der sympathisch wirkende mittelgroße Mann tritt in die Fußstapfen seiner Vorgängerin und weiß, dass die Herausforderungen kaum größer sein könnten.

»Wir leben hier in einer intakten Regenwaldregion, haben dank unabhängiger Experten nachgewiesen, dass wir hier schon lange leben. Trotzdem haben wir keinen Landtitel, daher geben uns die Behörden noch nicht einmal Auskunft darüber, ob es Anträge für Konzessionen in unserer Region, auf unser Land gibt«, schildert der 46jährige die Situation. Die ist angespannt, denn Gerüchte, dass das Aluminiumerz Bauxit unter dem dichten Teppich aus Pflanzen lagern könnte, kursieren in der Region, und erste Probebohrungen hat es in einigen Nachbargemeinden bereits gegeben. Solche Bohrungen könnten auch in Aninduba anstehen. Doch die Gemeinde erhält keine Informationen von offizieller Seite.

Die Angst vor der Aluminiummine

Bauxit ist der Rohstoff für die Aluminiumproduktion und Alcoa heißt ein US-amerikanischer Konzern der Branche, der in Brasilien seit 60 Jahren tätig ist. Juruti ist ein Standort, der nur 350 Kilometer von Aninduba entfernt ist und an dem mitten im Regenwald Bauxit gefördert wird. »Das wird über den Binnenhafen von Juruti abtransportiert, die Mine kontaminiert die Region«, warnen die beiden. Sie verfolgen gemeinsam mit anderen Gemeinden, darunter auch etliche indigene, das Ziel, die Region vom Lago Grande unter Naturschutz zu stellen, und ein kollektiver Landtitel ist die Voraussetzung dafür. 250.000 Hektar ist die Region groß. Ein solches Vorhaben würde den Plänen des einflussreichen Aluminiumkonzerns widersprechen, der seine Förderkapazitäten rund um Juruti ausbauen möchte und Anspruch auf weitere 9 000 Hektar Regenwald für die Bauxitförderung erhebt. Das weiß auch Silva de Souza, der bemängelt, dass die Regierung in Brasília den großen Konzernen immer wieder Zugeständnisse macht, ihnen weit entgegenkommt und Förderkonzessionen in Regionen vergibt, die eigentlich geschützt sein sollten. »Jüngstes Beispiel ist die Auktion von Förderblöcken in der Amazonasmündung, aber auch im Hinterland des Amazonas im Juni. Dort soll nun nach Öl gesucht werden - trotz der Kritik von Umweltministerin Marina Silva«, kritisiert er.



Kleinbauern beim Schälen des Maniok

BILD:
KNUT HENKEL

Deshalb ist er skeptisch, was den Willen der Regierung von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva angeht, den Regenwald zu schützen. Zwar findet vom 10. bis zum 21. November die UN-Klimakonferenz COP30 in Belém statt, aber so ein Ereignis verpflichtet die Regierung zu nichts, kritisieren Silva de Souza und seine Vorgängerin Bastos dos Santos.

Die Regierung in Brasília macht den Rohstoffkonzernen immer wieder Zugeständnisse und vergibt Förderkonzessionen in Regionen, die eigentlich geschützt sein sollten.

Eine Einschätzung, die viele Umweltschützer:innen teilen. »Im Parlament sitzen viele, die die Umwelt, die Indigenen und die traditionellen Völker hassen. Wenn der Präsident Kompromisse schließen muss, sehe ich, dass er einerseits Gebiete anerkennt, andererseits aber dem Agrargeschäft und auch dem Bergbau entgegenkommt«, lautet die Kritik von Alessandra Korap, einer Sprecherin der indigenen Ethnie der Munduruku. Die leben am Río Tapajós, der in Santarém in den Amazonas fließt. 2016 sorgten die Munduruku mit ihrem erfolgreichen Widerstand gegen ein von Korruptionsskandalen begleitetes Staudammprojekt am Río Tapajós für Aufsehen, durch das ein Teil des Gebietes geflutet worden wäre. Das hätte das Areal betroffen, das ihnen am 22. März 2004 von Brasiliens damaligem und heutigem Präsidenten Lula da Silva übergeben worden war. 2.381.000 Hektar Land, eine Fläche so groß wie die Toskana, hatte der brasilianische Staat den damals rund 7.000 Munduruku im Amazonasgebiet als ihr Territorium zuerkannt.

Doch die staatliche Politik kann sich schnell ändern. Alle Ressourcen unter der Erde wie Erdöl oder Edel- und Industriemetalle gehören dem Staat. »Deren Förderung ist also legal, auch wenn dadurch die Existenz von Schutzgebieten und kollektiven Landtiteln gefährdet wird«, sagt Bastos dos Santos, die in der Region von Santarém als Symbolfigur des Widerstands gegen den Raubbau am Amazonaswald gilt, mit indigenen Aktivist:innen wie Korap und anderen gut vernetzt ist und auch überregional immer wieder zu Diskussionsveranstaltungen eingeladen wird. Hinzu kommt, dass auch Infrastrukturprojekte Landtitel und Schutzvorhaben schnell außer Kraft setzen können, weshalb Gemeinden wie die Munduruku stets auf der Hut sind, um ihre Rechte zu verteidigen.

Landwirtschaft und Umweltverseuchung

Gleiches gilt für Gewerkschaften von Landarbeiter:innen und für kleine traditionelle Gemeinden wie Aninduba, die in Belém bei der COP30 die Bühne für ihre Anliegen nutzen wollen. »Ich bin zwar nicht eingeladen, aber ich werde dort sein«, gibt sich Korap kämpferisch; sie will die Interessen der Munduruku verteidigen. Bastos dos Santos überlegt, im Rahmen des alternativen Programms, das unter dem Namen »Gipfel der Bevölkerungen« im selben Zeitraum wie die COP30 stattfindet (siehe Seite 17), nach Belém zu fahren – als Gewerkschafterin und als Vertreterin ihres Dorfs. Die Menschen dort leben von der Landwirtschaft. Dazu gehört der Anbau von Orangen, Mangos, Limonen und Cashewnüssen. Und auch Kakao und Maniok werden angebaut. Maniok gehört in der Amazonasregion neben Fisch zu den Grundnahrungsmitteln, in Aninduba wird die Knolle direkt an Ort und Stelle verarbeitet.

Bastos dos Santos' Nachbar Acazo Perreira hat an Morgen mehr als 100 Kilogramm geerntet, nun sitzt er mit seinem Nachbarn vor einem großen Trog, wäscht und schält die Knollen. Später wird das weiße, stärkehaltige Fruchtfleisch zu Maniokmehl verarbeitet. Dafür werden die kleingeraspelten Knollen auf einem heißen Blech geröstet, erklärt Bastos dos Santos im Vorbeilaufen. Sie muss ihr eigenes Maniokfeld in diesen Tagen vom Unkraut befreien und wird eventuell nächste Woche mit ihrem Mann ernten, um ein paar Säcke Mehl zu produzieren und es zu verkaufen.



Die Klimaschützerin Alessandra Korap und der Gemeindevorsitzende von Aninduba, Silva de Souza

BILD:
KNUT HENKEL

»Wir müssen allerdings mehr tun, denn die Probleme nehmen zu. Rund um Santarém ist der Sojaanbau stark ausgeweitet worden. Zudem droht der Goldbergbau, unsere Flüsse zu verseuchen«, warnt sie und blickt von der Terrasse hinunter auf den Flussarm vor der eigenen Haustür. Gegenüber erstreckt sich eine sumpfige Landzunge, in der Alligatoren und Würgeschlangen leben und an der mehrere Boote liegen – kleine für den Fischfang, aber auch ein altes blaues Passagierboot. Mit dem ist die Familie dos Santos früher manchmal schwer bepackt nach Santarém gefahren, um Körbe mit Obst und Säcke mit Maniok und Mais zu verkaufen. Nun erleichtert die Fähre den Transport auch größerer Mengen. Eines der Boote fehlt, daher weiß Bastos dos Santos, dass ihr Mann zum Fischfang unterwegs ist und mit ihm erst später zu rechnen ist. Totenkopffaffen turnen über der Terrasse herum und bedienen sich an den Früchten in den Bäumen, die rund um das Haus stehen. »Wir haben in den vergangenen zehn Jahren immer mehr Probleme in der Region mit Goldgräber-Camps«, sagt sie. Hier sei zwar noch alles intakt, aber es gebe etliche Camps nahe Santarém.

Mitverantwortlich für den Gold-Boom in den Amazonasregionen von Brasilien ist der ehemalige Präsident Jair Bolsonaro. Während der Amtszeit des wegen Putschversuchs zu 27 Jahren Haft verurteilten Bolsonaro hat der illegale Goldabbau allein im Jahr 2022 im venezolanisch-brasilianischen Grenzgebiet um 54 Prozent zugenommen. Bolsonaro hat den Kontrollbehörden die Budgets zusammengestrichen, so dass sie ihre Arbeit schlicht nicht mehr machen konnten. Die Folgen sind messbar, sie schlagen sich in der Quecksilberverseuchung etlicher Flüsse in der

Region in und um Santarém nieder, so die Umweltschützerin Korap. Das Nervengift wird beim Goldschürfen eingesetzt, da es das Edelmetall bindet, das sich so leichter aussieben lässt. »Die Risiken für die Gesundheit unserer Kinder sind gestiegen«, sagt die 41jährige Mutter von drei Kindern. Sie sieht die Existenz von Amazonas-Gemeinden wie der der Yanomami, Munduruku und Kayapó bedroht; Quecksilbervergiftungen können neurologische Fehlbildungen bei Babys hervorrufen. Das Problem ist nicht nur ein brasilianisches: In allen neun Amazonas-Staaten, darunter Bolivien, Ecuador, Peru und Kolumbien, wachsen die Probleme mit Quecksilber, das in immer mehr Regionen die Trinkwasserversorgung gefährdet. Dagegen könnte man genmodifizierte Bakterien einsetzen, die Quecksilber aus Flüssen binden können, wie verschiedene Studien zeigen. Projekte zur Realisierung solcher Maßnahmen gibt es bislang aber nicht.

Die Folgen des vermehrten Goldabbaus sind messbar und sie schlagen sich in der Quecksilberverseuchung etlicher Flüsse in der Region in und um Santarém nieder.

Dabei wäre das ein Projekt für die COP30, auf der etliche Ansätze vorgestellt werden sollen, die dem Schutz der Region gewidmet sind. Für viele der engagierten Umweltschützer:innen sei die Frage viel wichtiger, wie die brasilianische Regierung verpflichtet werden kann, ihre bereits getätigten Zusagen auch einzuhalten, so Korap. Eine Einschätzung, die Bastos dos Santos teilt, die nun mit Hacke und Machete zur Arbeit ausrückt. »Zu lange habe ich meine Feldarbeit im Stich gelassen, heute will ich ein paar Dinge nachholen und mein Maniokfeld säubern«, sagt sie, bevor es zum Abschied zum Fähranleger geht.



Flüsse sind die Lebensadern des Regenwalds. Ein Fischer unterwegs mit dem Boot

BILD:

Auf dem Weg geht es nochmal bei ihrem Nachbarn Perreira vorbei, wo der Geruch von brennendem Holz und der von leicht geröstetem Maniok in der Luft hängt. Zwei Männer stehen vor einer etwa eineinhalb Meter breiten und drei Meter langen Metallplatte, unter der ein kräftiges Feuer lodert, um gelblich schimmerndes grobes Maniokmehl zu rösten. Alle paar Sekunden wendet einer der beiden mit einer Holzschaufel oder zwei Brettern, die die Form überdimensionierter Teigschaber haben, das grobe Mehl. »Gleichmäßig leicht angeröstet ist es am besten«, sagt Perreira und trocknet sich den Schweiß mit einem Handtuch ab. Noch zwei Durchgänge, dann haben die beiden die zwei bereitstehenden Säcke voll. Die sollen morgen auf dem Markt in Santarém verkauft werden. Wer dann mit der Fähre den Weg antreten wird, ist noch unklar. Bastos dos Santos wird es nicht sein, sie hat auf ihrer Farm zu tun und wird sich in den nächsten Tagen entscheiden, ob sie für ihre Gewerkschaft auf die COP30 fährt. Wahrscheinlich ist es.

Die Recherche für diese Reportage wurde ermöglicht durch die Christliche Initiative Romero (CIR) aus Münster, die zu Arbeits- und Umweltrechten im Orangen-, Kaffee- und Sojaanbau Brasiliens arbeitet.